

die tageszeitung



Ab heute
jedes Wochenende
8 Seiten mehr



JUDITH HOLOFERNES VON „WIR SIND HELDEN“
Popstar und Mutter: Band, Mann, Kinder, ein Tourbus:
Wie geht das? > SEITE 30, 31

HEUTE IN DER TAZ

WAHNSINN Geistlos, findet Katajun Amirpur: In Teheran will die Unesco einen Philosophie-Kongress abhalten > SEITE 16

AUSPUFF Bloß nicht, meint Verkehrsminister Ramsauer, unbedingt, findet der Grüne Hermann: Der taz-Streit zur Zukunft des Autos > SEITE 18

KANZLERREISE Was Merkel verpasste: Auf den Spuren der Wahlkampfreise in alle vier Ecken der Republik > SEITE 20, 21

BERLIN Ramsauer traurig: Am Schlossplatz wird es kein Shakespeare-Theater geben > SEITE 41

Foto oben: Anja Weber

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!



Who's who?

Foto [Montage]: Reuters

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 10.000 GenossInnen. Mehr Infos zum 10.000 Genossen ab 14 Uhr auf www.taz.de
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 51 30, briefe@taz.de
abomail@taz.de

Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/90 fax 030-25 06 94, anzeigen@taz.de

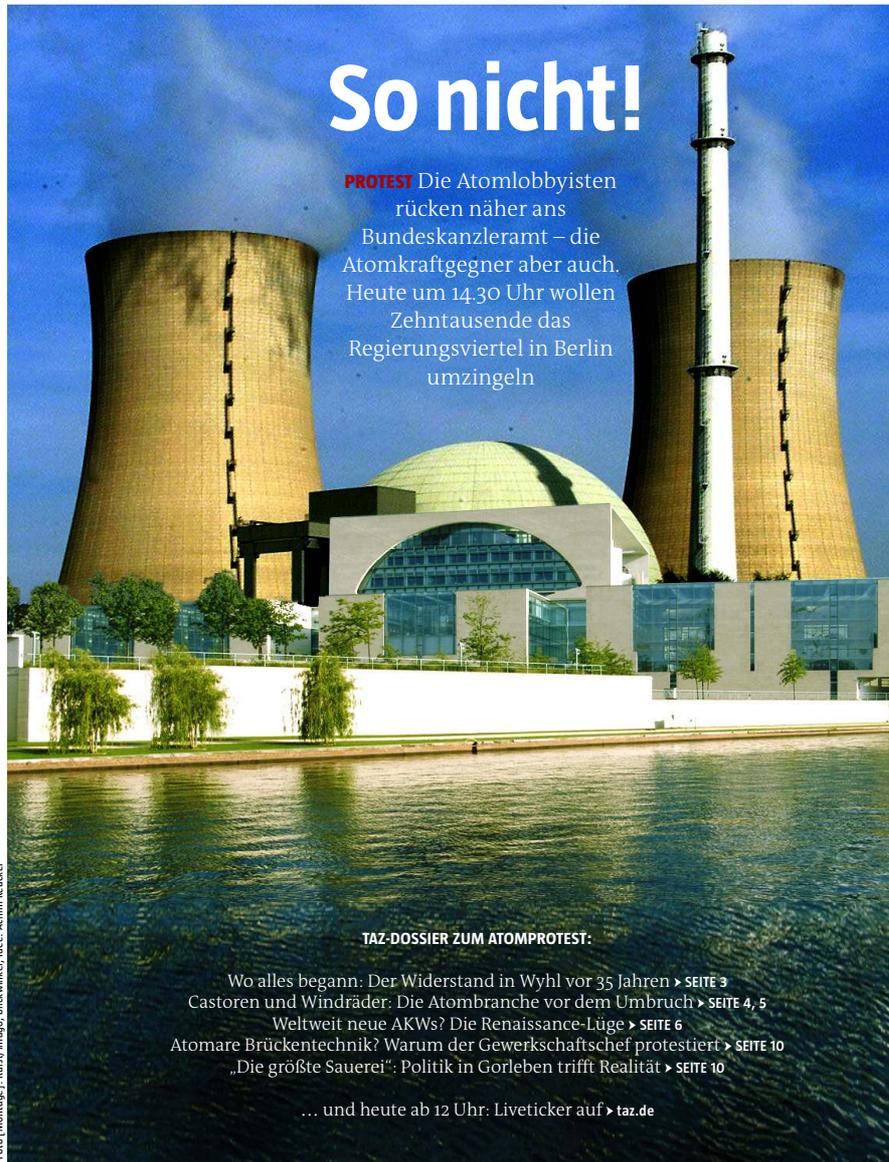
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22

Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-25 51 30, briefe@taz.de

taz, die tageszeitung

Postfach 610229, 10923 Berlin

taz im Internet: www.taz.de



So nicht!

PROTEST Die Atomlobbyisten rücken näher ans Bundeskanzleramt – die Atomkraftgegner aber auch. Heute um 14.30 Uhr wollen Zehntausende das Regierungsviertel in Berlin umzingeln

TAZ-DOSSIER ZUM ATOMPROTEST:

Wo alles begann: Der Widerstand in Wyhl vor 35 Jahren > SEITE 3
Castoren und Windräder: Die Atombranche vor dem Umbruch > SEITE 4, 5
Weltweit neue AKWs? Die Renaissance-Lüge > SEITE 6
Atomare Brückentechnik? Warum der Gewerkschaftschef protestiert > SEITE 10
„Die größte Sauerei“: Politik in Gorleben trifft Realität > SEITE 10

... und heute ab 12 Uhr: Liveticker auf > taz.de

KOMMENTAR VON MARTIN KAUL

Atomkraft? Nicht schon wieder!

Schon wieder auf die Straße? Bringt das noch was? Das werden sich heute viele fragen – selbst unter den zehntausenden von Demonstranten, die zur Großdemo in Berlin erwartet werden.

Mancher mag es frustrierend finden, die längst ausgelatschten Wanderstiefel wieder rauszuholen. Oder sich ärgern, dass die, die einst den rot-grünen Anti-Atom-Marsch in die Institutionen anführten, es offenbar verpasst haben, satte Verträge über den Atomausstieg zu schließen. Natürlich ist es ein Skandal, dass diese Regierung alte Atomreaktoren weiter strahlen lassen will, ohne

die Frage der Endlagerung geklärt zu haben. Um der Anti-Atomkraft-Bewegung, die ihren Großprotest schon vor Monaten angekündigt hat, den Wind aus den Segeln zu nehmen, setzte die Regierung ihre atomare Lobbypolitik noch schneller um als geplant. Das Signal: Ihr könnt ruhig auf die Straße gehen, an unserer Entscheidung wird nicht mehr gerüttelt.

Wenn sie sich da mal nicht getäuscht hat. Es ist zwar noch offen, ob der Protest vor dem Kanzleramt mehr als symbolischer Natur sein wird; doch er ist schon jetzt ein Symbol, das weit über die Energiefrage hinausstrahlt.

Einerseits sind die Anti-AKW-Proteste, die vor 35 Jahren im badischen Örtchen Wyhl begannen, heute im Mainstream der Gesellschaft angekommen. Heute spricht selbst die CDU von der Atomkraft nur noch als „Brückentechnologie“. Doch weil sich der CDU-Umweltminister Norbert Röttgen in der Atomfrage als Umfallmännchen erwies, kann er für die Partei künftig nicht

Der Protest vor dem Kanzleramt strahlt weit über die Energiefrage hinaus

mehr die Flanke zum katholischen Bismarck auf dem Lande sichern.

Die Proteste vor dem Kanzleramt sind aber auch eine Warnung an die Politik, die sich immer noch viel zu sehr auf den Vierjahreswahlrhythmus verlässt. Doch das Wahlvolk ist längst nicht mehr so berechenbar wie einst. Das setzt die Politik unter Druck, wie man am Beispiel der Proteste gegen „Stuttgart 21“ sieht. Vorgestern erst hat sich Angela Merkel hinter das umstrittene Bauprojekt gestellt; gestern musste dessen Sprecher zurücktreten. Das kann passieren, wenn man den Druck von der Straße unterschätzt.

ANZEIGE

Erneuerbare Energien ins Depot!

Genussrecht Windkraft: 4,3 Jahre, 8 %
Genussrecht Biogas: 2,3 Jahre, 6,5 %

ABO Wind AG · www.abo-wind.de
Unter den Eichen 7
65195 Wiesbaden
0611/26765-515
koffka@abo-wind.de

„Stuttgart 21“: Sprecher Drexler wirft hin

STUTTGART/BERLIN *apf/dpa* | Der SPD-Politiker Wolfgang Drexler ist als Sprecher des Bahntunnelprojekts „Stuttgart 21“ zurückgetreten. Die Funktion sei nicht mehr vereinbar mit der Haltung seiner Partei, erklärte der baden-württembergische Landtagsabgeordnete am Freitag. Die SPD fordert einen Baustopp bis zu einem Volksentscheid. Im Bundestag verteidigte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer das milliardenteure Bahnprojekt gegen die Kritik der Opposition.
> Der Tag SEITE 2
> Meinung + Diskussion SEITE 12

Nazis wollen fusionieren

BERLIN *dpa/taz* | NPD und DVU wollen sich zu einer Partei zusammenschließen. Beide Seiten billigten einen Verschmelzungsvertrag, bestätigte ein NPD-Sprecher. Ex-DVU-Sprecher verzichtet angeblich auf eine Schuldenerückzahlung in Höhe von knapp einer Million Euro. Die Fusion soll bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Welchen Namen die Partei bekommen soll, steht noch nicht fest. Die NPD befürwortet aber den Namen NPD.
> Inland SEITE 7